

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Lobecke & Co. 16 mal prämiert
Firma gegründet 1838

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Berufsnummer: 25.241.
Nur für Nachdruck: 20.011.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Marsstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Friedrich & Meißner in Dresden.
Postfach-Ronto 19 395 Leipzig.

Bezugs-Gebühr: Vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimonatlicher Zustellung sowie bei einmonatlicher Zustellung durch d. Post (ohne Beleggeb.) 6,00 Mk., monatlich 2,00 Mk. Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 50 Pf., bei zweifacher Besetzung 25 Pf., bei dreifacher 15 Pf., bei vierfacher 10 Pf., bei fünffacher 7 Pf., bei sechsfacher 5 Pf., bei siebenfacher 4 Pf., bei achtfacher 3 Pf., bei neunfacher 2 Pf., bei zehnfacher 1 Pf. Anzeigen-Briefe: Die einseitige 37 mm breite Zeile 50 Pf., bei zweifacher Besetzung 25 Pf., bei dreifacher 15 Pf., bei vierfacher 10 Pf., bei fünffacher 7 Pf., bei sechsfacher 5 Pf., bei siebenfacher 4 Pf., bei achtfacher 3 Pf., bei neunfacher 2 Pf., bei zehnfacher 1 Pf. Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 50 Pf., bei zweifacher Besetzung 25 Pf., bei dreifacher 15 Pf., bei vierfacher 10 Pf., bei fünffacher 7 Pf., bei sechsfacher 5 Pf., bei siebenfacher 4 Pf., bei achtfacher 3 Pf., bei neunfacher 2 Pf., bei zehnfacher 1 Pf.

Hupfeld Urteile und Literatur kostenlos **Der Phonola-Flügel** Das vollkommene Instrument **Rönisch**
Waisenhaus-Straße 24

Franzosenterror im besetzten Gebiet.

Neue Ausweisungen aus dem Elsaß.

Carlsruhe, 3. Nov. Am Freitag ist in Mühlheim in Baden ein großer Flüchtlingzug aus dem Elsaß eingetroffen, in dem sich zum ersten Male mehrere hundert Elsaßler befanden, die deutsche Frauen haben und aus diesem (!!) Grunde ausgewiesen wurden. Der Generalkommissar Müller hat mehrere tausend Einwohner von Straßburg den Befehl erteilt, das Elsaß innerhalb sechs Wochen zu verlassen. Es ist dies die dritte große Ausweisung aus dem Elsaß seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags. Außerdem besteht die Absicht, alle überhaupt noch in Straßburg befindlichen Deutschen bis zum Januar auszuweisen. — Anlässlich der Ankunft Clemenceaus am 4. Nov. wird in Straßburg ein verstärkter Sicherheitsdienst eingerichtet. Außerdem werden alle Straßen, durch die der Ministerpräsident fährt, von Truppen bewacht. Diese Vorkehrungsmaßnahmen sind vom Generalkommissar infolge der erregten Stimmung der Bevölkerung für notwendig erachtet worden.

Frankfurt a. M., 3. Nov. Wie die Frankf. Ztg. hört, ist der von den französischen Behörden in Höchst eingeleitete Landrat Dr. Pirich von der Regierung nicht anerkannt worden. Er ist in amtlichen Handlungen nicht befugt. — Das Saarbrücker Kriegsgericht der Franzosen verurteilte 62 Personen, unter ihnen viele Frauen, die sich an dem letzten Streit beteiligt haben, zu insgesamt 90 Jahren Zuchthaus, 39 Jahren Gefängnis und 1295 Frank Geldstrafe. Außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen.

Ausfuhrverbot für Gold- und Silbermünzen aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 3. Nov. Der Dena wird gemeldet: In einer Bekanntmachung an die Reisenden verbieten die Franzosen die Ausfuhr von französischen oder ausländischen Gold- und Silbermünzen bei einer Strafandrohung von 1 Monat bis zu 2 Jahren Gefängnis, sowie einer Geldstrafe von 100 bis 5000 Franken. Den in das Ausland sich begebenden Reisenden ist außerdem verboten, ohne besondere Erlaubnis des Finanzministers mehr als 1000 Franken in Banknoten pro Person mit sich zu führen. Lediglich Silbermünzen bis zum Höchstbetrage von 10 Franken dürfen mitgeführt werden.

Ausweisung des Oberbürgermeisters von Wiesbaden.

Frankfurt, 3. Nov. Der Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Blaessing, hat nach einer Meldung der Frankf. Ztg. heute früh von den Franzosen die Ausweisungsbefehl erhalten. Er muß innerhalb 48 Stunden in Begleitung französischer Gendarmen das besetzte Gebiet verlassen. (W. Z. B.)

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Der französische Arbeitsminister Clavelle beendete gestern eine Besichtigung in den verwüsteten Gebieten. Nach dem Petit Parisien heißt es, daß beträchtliche Anstrengungen für die Wiederinstandsetzung des Netzes der Nordbahn gemacht worden sind. Am 1. November waren die Linien in ihrem ganzen Umfang wieder hergestellt. Auf allen Bahnhöfen ist der Dienst wieder aufgenommen und 40 Prozent der Arbeiten für Instandsetzung der Depots durchgeführt worden. Von 48000 Kilometer zerstörter Straßen sind 12000, von 8173 wieder zu erbauenden Brücken sind seit dem Waffenstillstand 573 Holzbrücken und 1117 Eisenbrücken, davon 1120 sehr große, wiederhergestellt worden.

Briand, der Nachfolger Clemenceaus?

Genf, 3. Nov. Briand, der im Departement der meisten Stimmen für die Kammer kandidiert, hat sich in einer großen Rede sein politisches Programm entwickelt. Es ist nicht unmöglich, daß nach dem Weggang Clemenceaus Briand die Leitung der politischen Geschäfte übernehmen soll. Hinsichtlich der innerpolitischen Lage tritt Briand für eine Änderung der Verfassung ein. Es ist möglich, daß der Präsident der Republik durch eine breite Wählerschaft ernannt werde, und daß man seine Befugnisse vergrößere. Der Senat müsse neu konstituiert werden, im dem Umweien der Sitze ein Ende zu machen. Briand schlug die Gründung eines dauernden, aus Arbeitern und Arbeitgeberern zusammengesetzten Ausschusses vor. Ueber die Aufgaben der internationalen Politik wiederholte Briand nur kurz seine bereits im Parlament ausgesprochene Ansicht, daß Deutschland vollständig entwaffnet werden müsse, dann erst könne an die Abklärung Frankreichs gedacht werden.

Neue „Schuldige“.

Amsterdam, 3. Nov. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel: Die Väter von D. S., deren Bestrafung die belgische Regierung fordern wird, enthält die Namen von Personen, die der Deportation von Belgien, der schlechten Behandlung in den Lagern, der Plünderungen und des Diebstahls beschuldigt werden. Es sind Maßnahmen getroffen, um ihre „Aufsorgung“ möglichst rasch zu bewirken. (W. Z. B.)

Die neueste Erpressung.

Aus Paris wird berichtet: In seiner Sonnabend-Sitzung hat der Oberste Rat beschlossen, von den Deutschen als Entschädigung für die in Scapa Flow verkenterten Schiffe die Abgabe einer gewissen Anzahl leichter Kriegsschiffe und Schwimmbots und anderen Flottenmaterials zu fordern. Diese Forderung ist in dem Protokoll enthalten, das an Deutschland gerichtet worden ist. Das schwedische Außenministerium teilt mit: Nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch England, Frankreich und Italien müßte der Friede an sich bald in Kraft treten. Die Verzögerung, die trotzdem entstanden ist, wurde, wie die Pariser Gesandtschaft mitteilt, nicht durch den Wunsch der Mächte veranlaßt, die Stellungnahme Amerikas abzuwarten, sondern durch andere Gründe. Das dem Außenministerium nahestehende „Soensta“ Tagesblatt bemerkt dazu, diese anderen Gründe seien der Wunsch, die Möglichkeit zu neuen Repressalien gegen Deutschland zu behalten.

Frankfurt a. M., 3. Nov. In der Verhandlung des Rinferrats über die von Deutschland zu unterzeichnenden Zusätze wurde auch noch beschlossen, von Deutschland außer der Auslieferung von Leichtern, Kreuzern und Zerstörern noch die Herausgabe von weiteren 100 000 Tonnen Kriegsschiffraum, der sich noch in irgendwelcher Form in Deutschlands Besitz befindet, zu fordern. Deutschland soll sich weiter verpflichten, das Ballistikum völlig zu räumen. Deutsche Delegation sollen nach Paris gehen und die Formalitäten dieser Nummer erledigen. Gleichzeitig werden deutsche Delegation das Protokoll (Anhangprotokoll zum Versailler Vertrag) zu unterzeichnen haben.

Aufnahme der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Frankfurt a. M., 3. Nov. Eine amtliche Note ermächtigt die französischen Staatsangehörigen, den Handel mit Angehörigen der ehemaligen Mittel- und Westmächte wieder aufzunehmen. Die Ausfuhr mit Ausnahme von Lebensmitteln ist freigegeben worden. Für die Einfuhr aus diesen Ländern ist die Erlaubnis aus den besetzten Rheingebieten notwendig, mit Ausnahme von Holz und Baumaterialien, Eisen und Stahl. Gleichzeitig gestattet eine Note die Wiederaufnahme des Post- und Telegrafendienstes zwischen den einstigen Kriegführenden Mächten.

Unsere Handelsbeziehungen mit Belgien.

Man schreibt uns: Der Haß, der in belgischen Geschäftsreisen sich bisher gegen eine Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit Deutschland geltend machte, scheint allmählich in ruhigeren Geschäftserwägungen Platz zu machen. Hierbei ist der Gedanke maßgebend, daß die Alliierten mit ihren Gefühlen einen Stoß zurückgedrückt haben und im Begriff sind, Belgien gütlich auszuhalten. In diesem Sinne schreiben bereits die bedeutendsten belgischen Tageszeitungen, die offen einsehen, daß ein systematischer Boykott deutscher Erzeugnisse unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Dummheit sei, die nur der Konkurrenz Vorzug brächte. Auch die Furcht vor einer vernichtenden Konkurrenz der deutschen Industrie und einer „Herberschwemme“ des belgischen Marktes nach Wiederöffnung der Grenzen ist im Schwanden begriffen. Ebenso wird der Ruf nach billigen deutschen Waren immer lauter. Vermutlich wird daher das immer noch bestehende grundsätzliche Einfuhrverbot für Deutschland nicht lange mehr außer Kraft erhalten werden können. Es ist zu erwarten, daß es mit der Ratifikation des Friedensvertrages aufgehoben wird.

Holland zur Auslieferung des Kaisers bereit?

Genf, 3. Nov. Wie der „Matin“ aus Neusport meldet, soll der Staatssekretär bei der holländischen Delegation auf der internationalen Arbeiterkonferenz versichert haben, daß die Regierung der Niederlande geneigt sei, den ehemaligen Kaiser an die Alliierten auszuliefern. Die holländische Regierung wünsche aber vorher die Zustimmung der Generalstaaten herbeizuführen.

Amerikaner als Bekämpfer in der Schieber-Bekämpfung.

Aus Koblenz wird berichtet: Unter dem Eindruck des energischen Eingreifens der amerikanischen Behörden, die gegenüber dem Schieber- und Wucherertum mehr Entschlossenheit zeigen, als die hiesige Verwaltung (1), hat eine suchartige Abreise der die hiesigen Hotels und Rastehäuser bedienenden Schieber eingeleitet. Bei der Abfassung der Schieber waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt. In dem Lager eines einzigen der Verdächtigten wurden allein für ungefähr fünf Millionen geschmuggelte Waren, meist Schokolade und Zigaretten, beschlagnahmt. Es ist ein klugliches Armutszeugnis für die deutsche Regierung, daß sie sich erst von den Amerikanern zeigen lassen muß, wie der schmuggelte Schieberhandel im Westen bekämpft werden muß.

Die Washingtoner Arbeitskonferenz.

Die am 29. Oktober in Washington eröffnete Arbeitskonferenz, auf der 38 Staaten mit über 200 Abgeordneten vertreten sind, ist in der Geschichte der Sozialpolitik bedeutsam als der erste großzügige Versuch, das Arbeitsproblem auf internationaler Grundlage in einer den modernen Auffassungen entsprechenden Weise zu lösen. Es handelt sich dabei um eine ständige Organisation, für die im 13. Teil des Friedensvertrages die Richtlinien aufgestellt sind und der alle im Völkerverbund vereinigten Nationen als Mitglieder angehören sollen. Artikel 388 des Friedensvertrages legt eine mindestens einmal jährlich zusammen tretende Hauptversammlung fest, sowie ein internationales Arbeitsamt unter der Leitung eines aus 24 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrates. Die erste Hauptversammlung ist die Washingtoner Konferenz, deren Beratungskommission das ganze Gebiet der sozialen Fragen umfaßt, wie Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitsmarktes, Verhütung der Arbeitslosigkeit, Sicherstellung eines Lohnes, der angemessene Lebensbedingungen gewährleistet, Schutz der Arbeiter gegen Krankheit und Unfälle, Schutz der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen, Altersversicherung, furs lauter Gegenstände, die von der deutschen Sozialpolitik teils in vorbildlicher Weise bereits erledigt sind, teils sich auf dem Wege der Durchführung befinden. Es wäre widersinnig gewesen, wenn auf einer solchen Veranstaltung die deutsche Beteiligung gefehlt hätte, da doch nun einmal unser sozialpolitischer Fortschritt und selbst von anderen erbittertesten Gegnern nicht bestritten werden kann. Wenn es gleichwohl ums Haar dazu gekommen wäre, daß die deutschen Vertreter sich von der Teilnahme an der Washingtoner Konferenz hätten ausschließen müssen, so wäret das von der Unhaltbarkeit der Lage, in die uns der Gewaltfrieden im Rate der Völker gebracht hat. Die Franzosen, Engländer und Amerikaner wollten uns von dem Mikrot und Mikrotaten auf der Konferenz ausschließen, weil wir von der Entente noch nicht in den Völkerverbund in Gnaden aufgenommen sind; wir sollten nur unsere Vertreter ohne rechtlichen Anspruch auf Zulassung hinschicken dürfen und diese hätten dann in Washington im Vorzimmer demütig warten müssen, bis es der Konferenz beliebte, ihnen den von ihr geforderten Beschluß mitzuteilen. Eine solche Behandlung lehnten die deutschen Gewerkschaften rundweg ab und erklärten, unter solchen Umständen auf die Besichtigung der Konferenz überhaupt zu verzichten. Diese energische Haltung brachte die fremden Gewerkschaften zur Besinnung und so kam unter Vermittlung des deutschen Reichsarbeitsministers ein Kompromiß zustande, kraft dessen Deutschland sich zur Teilnahme an der Konferenz entschloß gegen die feste Versicherung, daß die deutschen Gewerkschaften dort genau die gleichen Rechte genießen sollten wie die der anderen Länder. Ein Beschluß in diesem Sinne ist auch bereits von der Konferenz gefaßt worden; nur die französische Arbeitervertretung stimmte dagegen.

Eine internationale Regelung des Arbeiterrechts ist aus einem doppelten Grunde wünschenswert, einmal, weil von einer solchen Lösung der Arbeiterfragen, wie die deutsche Regierung bei den Versailler Friedensverhandlungen betont hat, der innere Frieden der Kulturstaaten und der Fortschritt der Menschheit abhängt, und zum andern, weil nur so ein gerechter Ausgleich der sozialen Lasten erzielt werden kann, der verhindert, daß die in sozialer Hinsicht höher entwickelten Länder teurer produzieren und deshalb auf dem Weltmarkt benachteiligt werden gegenüber solchen Staaten, die es mit ihren sozialen Pflichten weniger genau nehmen. Insbesondere aus dem an zweiter Stelle genannten Gesichtspunkte ergibt sich die Notwendigkeit, auf irgendeine Weise dafür Sorge zu treffen, daß die von der Washingtoner Konferenz und den späteren Hauptversammlungen gefaßten Beschlüsse nicht bloß auf dem Papiere stehen bleiben, sondern in der Gesehbung aller dem Völkerverbund angehörenden Länder praktisch verwirklicht werden. Wie es in das Belieben der einzelnen Regierungen gestellt, sich nach den internationalen Beschlüssen zu richten oder nicht, so wären Staaten mit hochentwickeltem Kulturbewußtsein und starkem sozialen Empfinden, wie Deutschland, welche die internationalen Vereinbarungen sorgfältig ausführen würden, gegenüber den weniger gewissenhaft veranlagten Nationen in Bezug auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit genau so ungünstig daran, als wenn überhaupt keine internationale Arbeitsorganisation bestände. Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern hatte daher ihre Willensmeinung dahin fundamente, daß das internationale Arbeitsparlament nicht nur einfache Vereinbarungen ohne Rechtskraft, sondern regelrechte Gesetze schaffen solle, die vom Augenblick ihrer Annahme an für alle Völkerverbundstaaten zwingende Kraft hätten. Die deutsche Regierung hat sich diese Auffassung zu eigen gemacht und feinerzeit in ihrer an die Versailler Friedenskonferenz gerichteten Note über